

# DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

ZEITSCHRIFT DES BUNDES SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

1934 - 1945



## Infame „Aufrechnung“: Haider verhöhnt die Opfer

**Mit seiner Gleichsetzung der Opfer des Holocaust mit der Vertreibung der Sudetendeutschen hat FP-Obmann Jörg Haider wieder einmal sein wahres Gesicht gezeigt. Der Versuch, „aufzurechnen“, kommt einer Verhöhnung der Opfer gleich.**

**M**it berechtigter Empörung haben die Vertreter der Israelitischen Kultusgemeinde, der Opferverbände und der anderen politischen Parteien auf Haiders Provokation reagiert. Sie muß von den Überlebenden des Holocaust als Verhöhnung der Millionen, die der Vernichtungsmaschinerie der Naziherrschaft zum Opfer fielen, und als Versuch, antisemitische Vorurteile aufleben zu lassen, empfunden werden.

Als „einfach obszön und wirklich verwerflich“ bezeichnete der Präsident der Kultusgemeinde, Ariel Muzicant, die Äußerungen Haiders, die dieser bei der FPÖ-Klubtagung in Pörschach gemacht und in einem TV-Interview ausdrücklich bestätigt hat. „Haider hat ein ganz persönliches Problem. Er



**Die Judenausrottung war ein unvergleichbares, historisch singuläres Verbrechen**

lebt heute von einem mehrere hundert Millionen Schilling wertvollen Stück Land, das einer jüdischen Familie abgepreßt wurde, die zum Verkauf gezwungen wurde. Der hat man ein paar hunderttausend für etwas gegeben, was heute Hunderte Millionen wert ist...Nachdem er selber ein Problem hat, versucht er sein Heil im Angriff. Er soll lieber vor der eigenen Tür kehren.“ Von einer „unerträglichen Verharmlosung des größten Verbrechens des NS-Regimes“ sprach der Vorsitzende des Dokumen-

tationsarchivs des Österreichischen Widerstandes, Wolfgang Neugebauer. Die seriöse Geschichtsschreibung stimme darin überein, daß der auf vollständige Ausrottung abzielende, systematisch und konsequent mit den Mitteln eines modernen Industriestaates durchgeführte Holocaust an den Juden ein singuläres Verbrechen in der Geschichte der Menschheit sei. Die Vertreibungsverbrechen an den Sudetendeutschen und anderen „Volksdeutschen“ würden dadurch weder bagatellisiert noch

gerechtfertigt, sie hätten aber eine andere Dimension und Qualität. „Haider ist ein ideologischer Rechtsextremist.“

Bundeskanzler Viktor Klima betonte: „Wer glaubt, aus menschlichem Leid billige tagespolitische Effekte erzielen zu können, der muß in diesem Land allein bleiben.“ Vizekanzler Wolfgang Schüssel sekundierte: „Menschliches Leid und Menschenrechte können niemals gegeneinander aufgerechnet werden“. Die grüne Justizsprecherin Stoitsits meinte, Haider fühle sich offensichtlich für die Nazis und deren Reinwaschung verantwortlich, und Volker Kier vom LIF nannte die Gleichstellung von Juden und Sudetendeutschen in Sachen Entschädigung „infam“. (Siehe auch Seite 12)

Foto: Graner, APA/Jäger



**Neugebauer: „Verharmlosung“**



**Muzicant: „Einfach obszön“**

## Gedenkmarsch

Der traditionelle Gedenkmarsch der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer findet am 1. November 1998 auf dem Wiener Zentralfriedhof statt. Diesmal wird er vor allem der Erinnerung an das vor 60 Jahren von den Nationalsozialisten initiierte Pogrom gegen jüdische Bürger und ihre religiösen Einrichtungen gewidmet sein. Wir rufen unsere Mitglieder und Freunde auf, an dieser traditionellen Gedenkundgebung, die beim Mahnmahl für die Opfer des Februar 1934 endet, teilzunehmen. Treffpunkt: Zentralfriedhof, 2. Tor, 8.30 Uhr.

## NÖ-Jahreskonferenz

Am Freitag, 18. September 1998, fand die Jahreskonferenz des Landesverbandes Niederösterreich der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer; in Wien 6, Windmühlgasse 28 (Saal der Arbeiterkammer NÖ) statt. Wir begingen sie – aus Anlaß des 50jährigen Bestehens unseres Bundes – als Jubiläumskonferenz. Festredner war Altbundeskanzler Dr. Franz Vranitzky, Vizepräsident der Sozialistischen Internationale. Der Kampf gegen Rechtsextremismus, das Eintreten für Demokratie und Menschenrechte bleiben unsere vorrangigen Ziele!



Foto: APA

Erschütternde Hörbilder und Projektionen. Zawinuls Oratorium im Steinbruch des KZs Mauthausen

# Gedenken im Steinbruch

**T**iefe Betroffenheit bei den rund 7000 Besuchern löste die Gedenkveranstaltung im Steinbruch des ehemaligen Konzentrationslagers Mauthausen am Abend des 8. August aus. Das Memorial war vom Innenministerium, von der Österreichischen Lagergemeinschaft Mauthausen und von der Aktion „Mauthausen aktiv“ veranstaltet worden. Die Gedenkfeier sollte an die Errichtung dieser größten Vernichtungsstätte der Nationalsozialisten auf österreichischem

Boden erinnern, die sich heuer zum 60. Mal jährte. Viele ehemalige KZ-Häftlinge und Insassen von Nazigefängnissen nahmen an der Veranstaltung teil.

Die von Joe Zawinul gestalteten Hörbilder, durchsetzt mit historischen Bandaufnahmen von Hitlerreden, akustischen Szenen, die das Grauen des Lagerlebens wiedergaben, und Aussagen von Häftlingen, ergänzt durch Texte von Gerhard Roth und zitiert von Frank Hoffmann, dazu die eindrucksvollen Projektionen an den

Steinbruchwänden – dies alles verfehlte seine Wirkung nicht und weckte insbesondere in ehemaligen KZ-Häftlingen schmerzende Erinnerungen.

Optimistisch stimmte der Schlußteil des Oratoriums. Die Versucher verwandelten mittels brennender Kerzen den Steinbruch und die berüchtigte „Todesstiege“ in ein Lichtermeer – Ausdruck des Sieges der Menschlichkeit über die Barbarei, eines Sieges, der durch Wachsamkeit dauernd gesichert werden muß. ■

## Bundeshauptversammlung und Festveranstaltung

Die ordentliche Bundeshauptversammlung 1998 des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus findet – aus Anlaß des 50jährigen Bestehens des Bundes – mit anschließender Festveranstaltung statt. Sie beginnt am Freitag, 27. November, um 15.30 Uhr, und wird am

Samstag, 28. November, um 9.30 Uhr mit der Festveranstaltung fortgesetzt. Ort: Festsaal der Kammer für Arbeiter und Angestellte, Wien 4., Theresianumgasse 16-18.

### Die provisorische Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Worte des Gedenkens
3. Wahl der Mandatsprüfungs-

Antragsprüfungs- und Wahlkommission

4. Berichte des Bundesvorsitzenden, des Bundesfinanzreferenten, der Kontrolle
5. Diskussion
6. Neuwahl des Bundesvorstandes
7. Anträge und Resolutionen
8. Allfälliges.

Bei der festlichen Veranstaltung werden nach einer künstlerischen Einleitung der Bundesvorsitzende Alfred Ströer, Bundesministerin Eleonore Hostasch und Nationalratspräsident Dr. Heinz Fischer sprechen. Anträge für die Bundeshauptversammlung sollen bis zum 2. Oktober dem Bundessekretariat übermittelt werden.

# SP-Wien gedachte der Opfer in Mauthausen

„Unser Gedenken, unser Dank, unser Gefühl und unser Gelöbnis gelten den Opfern von Mauthausen“: mit diesen Worten gab Klubobmann Johann Hatzl bei einer großen Gedenkfeier der unverbrüchlichen Haltung der Wiener Sozialdemokraten Ausdruck.

Mehr als tausend Sozialdemokraten aus allen Wiener Bezirken, unter ihnen zahlreiche Mandatäre und Funktionäre aus Gemeinderat, Nationalrat, Gewerkschaft und Jugendorganisation, waren am 11. September der Einladung des SPÖ-Landtagsklubs zu einem Gedenken für die Opfer des Konzentrationslagers Mauthausen gefolgt; die penibel geführte, schaurige Chronik des am 8. August 1938 „in Betrieb genommenen“ größten KZs auf dem Boden des annektierten Österreich verzeichnete einen Monat später den ersten Toten. Er wurde dem Krematorium in Steyr übergeben – noch war die Mordmaschinerie nicht so perfektioniert, daß im Lager selbst die Beseitigung der Leichname der Ermordeten vorgenommen werden konnte.

Die beklemmende Stimmung, die wohl jeden befällt, der durch das Lagertor tritt, machte den Zug der Kundgebungsteilnehmer zu einem Schweigemarsch, der nach den Kranzniederlegungen (sie erfolgte auch an den Mahnmalen für die ermordeten Juden und für die

Roma) nur von den Gedenkreiden unterbrochen wurde. „Mauthausen und der deutsche Faschismus waren kein Zufall, sondern das Ergebnis einer bewußt gestalteten Entwicklung“, sagte Klubobmann Johann Hatzl und ergänzte, man könne auch den österreichischen Faschismus der Seipel, Dollfuß und Schuschnigg nicht aus der Verantwortung dafür entlassen, daß viele Hitlers Verführung erlagen. Und warum Gedenkkundgebungen wie die zahlreichen des heurigen Jahres? „Es gilt, wachsam zu bleiben. Nicht die Gefahr neuer Konzentrationslager ist es, die wir befürchten – dazu gibt es keinen Anlaß – sondern die Vergiftung der Seele, des Anstandes und der Menschenwürde.“ So stolz die Sozialdemokraten darauf sein könnten, durch ihre Beseitigung sozialer Ungerechtigkeiten auf ein „sozialdemokratisches Jahrhundert“ zurückblicken zu dürfen, so gelte auch dem Faktum, daß es eine Zeit der Verfolgung, der Diktatur, des Krieges und des Mordens, eben des Faschismus, gegeben habe, unser „Niemals vergessen“.



Foto: J. Hatzl

Johann Hatzl: „Gegen Vergiftung der Seelen“

Hans Marsalek (Lagergemeinschaft Mauthausen) und unser Bundesobmann Alfred Ströer erinnerten daran, daß von den rund 205.000, die das Lagertor passieren mußten, mehr als die Hälfte hier einen schrecklichen Tod fanden, und daß Mauthausen, über ganz Österreich verstreut, 49 ebenso auf gnadenlose Ausbeutung und Vernichtung seiner Insassen ausgerichtete Nebenlager betrieben hat. Nach dem Abstieg über die berüchtigte „Todesstiege“, der die tägliche Mühsal der gemarterten Häftlinge erahnen ließ, erinnerte am Fuße des Steinbruchs Stadträtin Renate Brauner daran, daß auch mehr als 8500 Frauen in diesem KZ litten und viele von ihnen zugrunde gingen. Ihr Schicksal ist noch nicht restlos geklärt; „Politische“ und Jüdinnen wurden sofort ermordet, andere mußten zum Teil als Zwangsprostituierte dienen. Nur wenige haben überlebt. Brauner meinte es wäre falsch, den Eindruck zu erwecken, daß der Faschismus wieder vor der Tür stünde; aber immer dann, wenn Ausländern und anderen Min-

derheiten intolerant begegnet werde, wenn Teile der Gesellschaft Sündenböcke abgeben müssen, gelte der Satz „Wehret den Anfängen!“.

Der Vorsitzende der Wiener Sozialistischen Jugend, Thomas Landgraf, erinnerte daran, daß Österreich durch viele aktive Nazis und durch eine zusehende schweigende Mehrheit Mitverantwortung, auch für Mauthausen, auf sich geladen habe. Weiter betonte er, es sei Aufgabe der Sozialdemokraten, den nun weltweit rücksichtslos agierenden Kapitalismus in die Schranken zu weisen, denn hier habe der Faschismus schon einmal seinen Nährboden gehabt.

Ausdrücklich mahnte er gleiche Rechte für Minderheiten, speziell auch für die Homosexuellen ein. Schließlich ging er auf die jüngsten Äußerungen Jörg Haider über Holocaust und Sudentendeutsche ein: „Er versucht, mit der Aufrechnung etwas gleichzusetzen, was nicht gleichzusetzen ist. Er hat seine Rolle als Generalbeschöniger für alle Ewiggestrigen nicht aufgegeben.“



Renate Brauner: „Den Anfängen wehren“

## Der Unterschied

Das in Frankreich erschienene „Schwarzbuch Kommunismus“ des Historikers Stéphane Courtois, das vor einigen Monaten auch in deutscher Sprache erschienen ist, hat erneut die Frage aufgeworfen, inwieweit die Terrorssysteme des Nationalsozialismus und des Kommunismus vergleichbare geschichtliche Katastrophen unseres Jahrhunderts darstellen. Der britische Historiker Tony Judt gab dazu in einem „Standard“-Interview nachstehende bemerkenswerte Antwort: „Der menschliche Schaden, der durch den Kommunismus ange richtet wurde, war atemberaubend. Ich meine, daß der Kommunismus sowohl unter Lenin als auch unter Stalin ein terroristisches System war, daß er seine politischen Ziele immer ohne Rücksicht auf menschliche Kosten verfolgt hat, und daß, was unter Stalin und Pol Pot geschehen ist, keine zufälligen Entwicklungen, keine Betriebsunfälle waren. Wenn man den Blick auf die gelebte Erfahrung der Betroffenen richtet, wäre es obszön, eine Unterscheidung zwischen Kommunismus und Faschismus zu treffen. Dennoch gibt es einen elementaren Unterschied zwischen einem System, das, so grotesk immer es gewesen sein mag, Leute ermordet und ausgerottet hat, um seine Projekte durchzusetzen, und einem System, dessen Projekt es war, Leute zu ermorden und auszurotten. Analytisch ist das eine extrem wichtige Unterscheidung, die man ständig im Gedächtnis halten muß ...“

### Mitarbeiter dieser Ausgabe:

Georg Netzl, Leo Lesjak, Ernst Nedwed, Alfred Ströer und Manfred Scheuch (redaktionelle Leitung).  
Redaktionsschluß:  
14. September 1998.

**Die Beschlagnahme von Schieles „Wally“ war fragwürdig – aber sie bringt den Rothschilds die Rückgabe von Hals’ „Frauenporträt“**



## Späte Rückgabe von Raubgut

**Eine fünfzig Jahre hinausgezögerte Wiedergutmachung nimmt Gestalt an: In der Nazizeit geraubte Kunstwerke werden von den österreichischen Museen für die Rückgabe vorbereitet.**

**A**m 10. September 1998 verabschiedete der österreichische Ministerrat das Gesetz, das die Rückgabe von in der Nazizeit geraubten oder in den Jahren unmittelbar danach abgepreßten Kunstgegenständen regelt. Damit hat die Republik nach dem Schock, den die Beschlagnahme zweier Schiele-Gemälde in New York hierzulande auslöste und zu einer intensiven Gewissenserforschung der Verantwortlichen führte, überraschend schnell ihre Bereitschaft zur Beseitigung eines mehr als ein halbes Jahrhundert bestehenden Unrechts bekundet. Die zuständige Ministerin Elisabeth Gehrler hatte schon bald nach kritischen Medienberichten für erste Erhellung dieses „dunklen Kapitels der österreichischen Geschichte“ (Bundeskanzler Klima) gesorgt, indem sie die ihr unterstehenden Museen und Kunstsammlungen beauftragte, Listen der Kunstwerke zu erstellen, deren Erwerbung aufgrund des Zeitpunkts, in dem sie erfolgt sind, oder aus anderen Angaben als „bedenklich“ erscheinen mußte. Nicht in allen „bedenklichen“ Fällen ist die Rechtslage so klar und eindeutig wie in dem der Gemälde und Kunstgegenstände aus der Sammlung Rothschild, über die das Kunsthistorische Museum verfügt hat. Das wußten die

Verantwortlichen allerdings bereits nach 1945, als die Rothschilds ihre Forderung nach Rückgabe der von den Nazis beschlagnahmten Kunstwerke beantragten. Die Republik benahm sich damals denkbar schäbig, obwohl man ihr eine Gesetzeslage zugutehalten kann, die die Ausfuhr von Kunstgegenständen beschränkt, an denen öffentliches Interesse, daß sie im Lande bleiben, besteht. So wurde den von den Nazis beraubten Eigentümern im sogenannten „Rothschildausgleich“ ein Teil ihrer Sammlung als „Geschenk“ an das Kunsthistorische Museum abgepreßt, damit sie die Ausfuhr genehmigung für den Rest erhalten konnten. Unter den numehr den Rothschilds zurückzuerstehenden Gemälden sind einige sehr bekannte Meisterwerke, so ein männliches und ein weibliches Porträt von Frans Hals und „Jupiter als Seelenmaler“ von Dossi. In den anderen Kunstsammlungen ist man noch nicht so weit, daß ein abschließender Bericht über die jüdischen Besitzern geraubten oder „bedenklichen“ Kunstwerke vorgelegt werden kann. Die Archivarbeit wird sicher noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Inzwischen wird Ministerin Gehrler eine Kommission bilden, die aus Beamten ihres Ressorts,

Kunstgeschichtlern und Historikern bestehen soll. Ihre Aufgabe wird es sein, die von den Museen als „bedenklich“ eingestuft Gegenstände zu prüfen und über die allfällige Rückstellung zu entscheiden. Kunstwerke, für die ein Eigentümer oder dessen Erben nicht mehr zu finden sein sollten, werden nach dem Vorbild der „Mauerbach-Aktion“ versteigert werden.

Was hingegen die beiden vom New Yorker Staatsanwalt beschlagnahmten Schiele-Gemälde aus der Sammlung Leopold anlangt, so besteht Ministerin Gehrler auf deren Rückstellung. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Bilder rechtmäßig im Besitz von Leopold sind, und allfällige Ansprüche anderer Personen sollen von österreichischen Gerichten beurteilt werden.

Eines läßt sich jetzt schon feststellen: Sollte auch die Beschlagnahme der Schiele-Bilder zu Unrecht erfolgt sein, so hat sie jedenfalls den Anlaß für eine längst fällige Gewissenserforschung der Republik gegeben. Lange genug hat es gedauert, bis Österreich nun zu einer Wiedergutmachung findet, die dieses an Kunstschätzen so reiche Land kaum ärmer, aber in seiner Achtung durch andere und vor sich selbst reicher machen wird. ■

# Marx, das „Manifest“ und Wien 1848

Im heurigen März wurde das „Kommunistische Manifest“ von Karl Marx und Friedrich Engels 150 Jahre alt, und in diesem gleichen, stürmischen Jahr 1848 besuchte Marx im Spätsommer auch das revolutionäre Wien.

An diese Ereignisse erinnerte eine von der Wiener SPÖ-Bildung, dem Gemeinderatsklub und der SPÖ Josefstadt veranstaltete Matinee im Sträußelsaal des Theaters in der Josefstadt – einem der Orte, an denen Karl Marx während seines Wiener Aufenthalts Vorträge hielt. Es war dies im Demokratischen Verein, der von der bürgerlichen Linken gegründet



sich ausgehöhlter „Kommunismus“ sich wohl endgültig aus der Weltgeschichte verabschiedet hat, von dem in den USA herausgebrachten Neudruck des „Manifests“ auf Anhieb 20.000 Exemplare verkauft wurden. Auch die Kommentare, die zum 150. Jahrestag in bürgerlichen Zeitungen erschienen sind (sie sind in der Dokumentation 3/98 des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung, „Ein Gespenst geht um in Europa“, wiedergegeben) würdigen dieses epochale Werk, dessen Wirkungsgeschichte möglicherweise noch keineswegs zu Ende ist. „Streng genommen hat sich keine der Prophezeiungen des ‘Manifests’ erfüllt. Und dennoch ist es auf eigensinnige Weise aktuell geblieben“, meint Maderthner. Die unter Berufung auf Marx durchgeführten gesellschaftlichen Experimente eines „Sozialismus von oben“ haben autoritäre Bürokratien, Terror

und ein ökonomisches Debakel gebracht. Die weltweite Hegemonie des Kapitalismus scheint heute unbestritten. Allerdings kommt die Sozialdemokratie in ihren praktisch-politischen Resultaten (Investitionslenkung und soziale Sicherheit) nahe an das heran, was der „Bund der Kommunisten 1848 als konkrete Forderungen aufstellte. Aber wir erleben zur Zeit auch eine kapitalistische Globalisierung, wie sie Marx in grandioser Erkenntnis schon vor 150 Jahren dargestellt hat (siehe Kasten).



■ Karl Marx in den späten vierziger Jahren

worden war; zwei weitere Vorträge hielt Marx im eben erst ins Leben gerufenen ersten Wiener Arbeiterverein.

Dr. Wolfgang Maderthner vom Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung brachte in seinem Vortrag bei der Matinee nicht nur diese historischen Fakten in Erinnerung. Er befaßte sich auch eingehend mit dem „Kommunistischen Manifest“, dessen Erkenntnisse auch in unserer Zeit bedenkenswert sind, auch wenn der Name „kommunistisch“ durch die Sowjetdiktatur diskreditiert worden ist. Der Vortragende machte auf die „absurde Macht des Faktischen“ aufmerksam, die bewirkt, daß keine zehn Jahre, nachdem ein sich auf den Marxismus berufender, ebenso totalitärer wie in

*Marxens Erkenntnisse über den Kapitalismus lesen sich wie eine Darstellung der „Globalisierung“, deren Auswirkungen im „Manifest“ schon erkannt wurden, obwohl sie damals erst begonnen hatten:*

Die Bourgeoisie...hat alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört. Sie hat...kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übriggelassen als das nackte Interesse, als die gefühllose „bare Bezahlung“.

Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produkti-

onsverhältnisse, also sämtlichen gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren.

Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarktes die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Sie hat...den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen.

An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander. und wie in der materiellen, so auch in der geistigen Produktion. Die gei-

stigen Erzeugnisse der einzelnen Nationen werden Gemeingut.

Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterten Kommunikationen alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation....Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen; sie zwingt sie, die sogenannte Zivilisation bei sich einzuführen, das heißt Bourgeois zu werden. Mit einem Wort, sie schafft sich eine Welt nach ihrem eigenen Bild.

## Die Wucht der „Globalisierung“

## NS-Medizin erforschen!

Aus Anlaß des vom Wiener Krankenanstaltenverbund im Jänner veranstalteten Symposiums „Zur Geschichte der NS-Euthanasie in Wien“ wurde beschlossen, zur weiteren Erforschung der Rolle der Medizin in der NS-Zeit ein Stipendium auszuschreiben. Nunmehr erhielt die Preisträgerin, Claudia Spring, von Wiens Gesundheitsstadtrat Dr. Sepp Rieder ein einjähriges Diplomandenstipendium in Höhe von 80.000 Schilling. Die Preisträgerin wurde von einer wissenschaftlichen Expertenjury ausgewählt.

## Kreisky-Ausstellung

Von 18. September bis 15. November 1998 findet im Historischen Museum der Stadt Wien die Ausstellung „Bruno Kreisky – seine Zeit und mehr“ statt. Sie gibt eine Bestandsaufnahme der „Ära Kreisky“ und setzt sich zum Ziel, Kreiskys ‚gesellschaftlichen Spuren‘ nachzugehen. Das Museum am Karlsplatz ist täglich außer Montag von 9 bis 18 Uhr geöffnet.

## „Sisi“ statt NS-Opfer

Der Salzburger Bürgermeister Dr. Josef Dechant hat die Absicht bekundet, auf einem für ein Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus reservierten Platz auf dem Salzburger Bahnhof ein Denkmal für die ermordete Kaiserin Elisabeth errichten zu lassen. Der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Salzburg, Hofrat Feingold, hat dem Bürgermeister seine Bedenken gegen diesen Plan geäußert, und das Präsidium der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer teilte Dechant mit, daß es diese Bedenken voll teile. In einem Schreiben ersuchte es den Bürgermeister eindringlich, den ursprünglich gefaßten Plan zu verwirklichen. Für ein Sisi-Denkmal wird wohl ein anderer Platz zu finden sein!

# Dollfuß-Museum mit Lücken

In seinem Geburtsort Texting hat nun seit einigen Monaten Engelbert Dollfuß ein Museum. Der kritische Besucher stößt auf bedauerliche Auslassungen.

Im Juni 1998 wurde in Texting im Melker Alpenvorland in Niederösterreich im Geburtsort von Engelbert Dollfuß mit Kosten von 1,2 Millionen Schilling ein Museum eröffnet. Es werden dort die Stationen aus dem Leben dieses wohl umstrittensten österreichischen Politikers der jüngeren Geschichte gezeigt. Dem Jahr 1934, mit dem „Aufstand des Schutzbundes“ (so der Katalog) Schicksalsjahr der Sozialdemokratie und Jahr der Ermordung Dollfuß' durch die Nazis, wird sehr viel Raum gegeben. Zwar findet nicht gerade eine Verherrlichung dieses vom Bauernsohn zum ersten Mann im Staat aufgestiegenen Politikers und seines politischen Wirkens statt, andererseits gibt es aber doch bedenkliche Auslassungen. Es fehlen Hinweise auf die antidemokratischen Handlungen Dollfuß' – die von ihm betriebene Ausschaltung des Parlaments ist nicht einmal im zeit-



Mit Engelbert Dollfuß wurde die Demokratie vom Austrofaschismus abgelöst

geschichtlichen Begleitkatalog vermerkt –, es fehlen auch andere Hinweise, daß er führend für das Ende der Demokratie in unserem Land verantwortlich war. Besuchern, die über die innen- und außenpolitischen Zusammenhänge in der Ersten Republik nicht Bescheid wissen, bekommen dadurch ein verfälschtes, weil verkürztes Bild vermittelt, obwohl andererseits das Bemühen der Gestalter um eine ausgewogene Darstellung anerkannt werden soll.



Das Geburtshaus in Texting, nun Museum

Aus dem Gästebuch ist zu ersehen, daß in erster Linie Bauerngruppen und MKVler das Museum besuchen. Das erklärt sich aus der politischen Verwurzelung Dollfuß'

in diesen Organisationen. Im Gästebuch finden sich denn auch einige unangebrachte Hinweise auf den „Heldenkanzler“, dem die Nachwelt „zur Dankbarkeit“ verpflichtet wäre. Ähnliche Worte hörte man bei der Eröffnung des Museums von Bauernbundführern und ÖVP-Funktionären. Landeshauptmann Pröll verstieg sich zu der Aussage, daß Dollfuß kein Faschist gewesen sei. Aber ein Landeshauptmann der demokratischen Republik sollte wissen, daß Dollfuß jedenfalls kein Demokrat war. Daß Dollfuß ein Opfer der

Nazis wurde, kann nicht vergessen machen, daß er ganz bewußt im Verein mit der faschistischen Heimwehr und seinem „Schutzherrn“ Mussolini die Zerstörung der demokratischen Republik betrieb. „Prölls Versuch, Dollfuß zu einem Patrioten zu erklären, vergißt auf die Opfer der Politik des Austrofaschismus und darauf, daß Dollfuß es war, der Gewerkschaften und Sozialdemokratische Partei verboten und die Demokratie beseitigt hat“, kritisierte der niederösterreichische SJ-Obmann Kollroß die Darstellung Prölls. Kritische Sozialdemokraten könnten versuchen, im Gästebuch die historischen Mängel zu korrigieren. Das Museum ist von 1. Mai bis 26. Oktober jeden Sonn- und Feiertag von 14 bis 17 Uhr geöffnet. Eine Führung kann auf Wunsch im Gemeindevamt (Tel. 02755/ 7228) angemeldet werden. ■



## Schüler in Mauthausen

**D**urch die großzügige Unterstützung der Stadtgemeinde Leoben und ihres Bürgermeisters war es wieder möglich, acht Klassen Hauptschüler und Hauptschülerinnen (212 Schüler und 17 Lehrer) nach Mauthausen zu führen. Die Führungen übernahm in bewährter Weise unser stellvertretender Bundesvorsitzender Fritz Inkret; insgesamt hat er damit bereits 241 Exkursionen zur Unterstützung des zeitgeschichtlichen Unterrichts organisiert. Bei diesen Fahrten wurde nicht nur das ehemalige Konzentrationslager, sondern immer auch der Soldatenfriedhof Wandau bei Hieflau besichtigt – zeigt doch dieser Friedhof die Unbarmherzigkeit der Nazi-Kriegsverbrecher. Hier wurden kurz vor Kriegsende, am 5. Mai 1945,

heimkehrende Soldaten als Deserteure an Bäume gefesselt und erschossen – zu einem Zeitpunkt, als der oberste Befehlshaber Hitler und sein Propagandachef Goebbels sich bereits durch Selbstmord vor der Verantwortung gedrückt hatten. Später haben sich die so tapferen und medaillenhungrigen Nazioffiziere damit verantwortet, sie hätten mit den Erschießungen nur Befehle ausgeführt. Die Besichtigung des Lagers, die Bilder von der Befreiung und der gezeigte Film lösten bei den Schülern tiefste Betroffenheit aus. Fritz Inkret ist überzeugt, daß die Mehrzahl der Schüler und Schülerinnen bei Diskussionen, auch mit „Ewiggestrigen“, ihre Eindrücke über die furchtbaren Geschehnisse dieser Zeit weiter vermitteln werden. ■



Das letzte Foto von Salvador Allende

## Salvador Allende zum Gedenken

**Vor 25 Jahren, am 11. September 1973, starb Salvador Allende, der demokratisch gewählte Präsident Chiles, unter den Kugeln des putschenden Militärs.**

**D**as letzte Photo zeigt Allende in den Trümmern des Präsidentenpalastes Moneda, in der Hand eine Maschinenpistole, die ihm Fidel Castro geschenkt hatte.

Allende bekannte sich als Marxist. Er hatte bei den Präsidentschaftswahlen drei Jahre vor seinem Tod mit 36,5 Prozent die meisten Stimmen erreicht und bildete eine Volksfrontregierung, die auf Unterstützung der Christdemokraten angewiesen war. Allendes Ziel war eine sozialistische Ordnung, die auf friedlichem, demokratischem Weg erreicht werden sollte. Die Einkommensumverteilung zugunsten der Unterschichten machte das wohlhabende Bürgertum rasch zu seinem Feind, die Reichen brachten ihr Geld ins Ausland, die Wirtschaftslage wurde immer kritischer. Allendes Geg-

ner erhielten Unterstützung durch Washington, wo Präsident Nixon und Außenminister Kissinger Verluste der US-Unternehmen und den Übergang Chiles nach dem Muster Kubas in den kommunistischen Block fürchteten. Als Allende die Kupferbergwerke und die Telefongesellschaft verstaatlichte, begann der US-Geheimdienst, das Regime aktiv zu destabilisieren. Die Transportunternehmer und ihre Lkw-Fahrer legten durch einen Streik das Wirtschaftssystem zeitweise lahm. Allende rief den Ausnahmezustand aus. Bei den Parlamentswahlen im März 1973 wurde Allende zwar gestärkt, doch die Mehrheit gehörte immer noch der Opposition.

In der Armee wurde, wohl mit Rückendeckung durch Washington, ein Putsch vorbereitet. Ein erster Versuch mißlang. Aber

als der von Allende eingesetzte Armeechef Augusto Pinochet zu den Verschwörern stieß, wurde der Präsident, der sich der ultimativen Aufforderung, zurückzutreten, verweigerte, gestürzt und ermordet. Es folgten die blutigen Jahre der Militärdiktatur, in denen dem Pinochet-Regime Tausende zum Opfer fielen. Erst 1990 kam wieder ein Präsident durch freie Wahlen an die Spitze des Landes. Inzwischen hat eine Untersuchungskommission die Verbrechen des Pinochet-Regimes aufgelistet, doch Pinochet kann nicht belangt werden, weil er zum immunen „Senator auf Lebenszeit“ erhoben wurde.

Zum Gedenken an Salvador Allende fand in dem nach ihm benannten Hof am Wilhelm-Kress-Platz in Wien-Simmering eine Feierstunde statt. ■

### Schmierereien in Rechnitz

Vor einiger Zeit wurde in Rechnitz das Elternhaus der Geschäftsführerin burgenländischer Volkshochschulen, Christine Teuschler, mit Hakenkreuzen beschmiert, und im jüdischen Friedhof wurden Grabsteine umgeworfen oder mit Hakenkreuzen verunziert. Heuer im Sommer sind wiederum Schmierereien aufgetaucht. Und zwar wurden Hauswände in der Herrengasse mit Hakenkreuzen und Davidsternen beschmiert; als „Farbe“ dienten den Tätern Marillen. Rechnitz ist bekanntlich jener Ort, wo in den letzten Kriegstagen rund 200 wehrlose Menschen, nur weil sie Juden waren, mit Gewehr- und Pistolenschüssen, Kolben- und Stockschlägen von Gestapo-Angehörigen und Amtsträgern der NSDAP brutal ermordet wurden. Offenbar sind bei den Schmierereien verhetzte Jugendliche am Werk.



Der Roma-Vorsitzende Sarközi (l.) und Burgendlands Landeshauptmann Stix am Mahnmal

## Mahnmal der Roma

Im Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Mauthausen wurde nun auch ein Mahnmal für die Roma und Sinti durch Innenminister Karl Schlögl feierlich enthüllt. Der Marmorblock trägt die Inschrift: „In Ehrfurcht und Trauer gedenken wir Sinti und Roma unserer Kinder, Frauen und Männer, die im Konzentrationslager Mauthausen von der SS ermordet wurden. Noch kurz vor Kriegsende, am 9. März 1945, kamen in einem Transport aus

Ravensbrück 450 Sinti- und Roma-Frauen mit ihren Kindern nach Mauthausen. Die Säuglinge und Kinder wurden sofort nach ihrer Ankunft ermordet. Wir gedenken unserer 500.000 Menschen, die im gesamten Einflußbereich des Nationalsozialismus Opfer des Völkermordes wurden.“

Das Mahnmal ist ein Werk von Professor Josef Pillhofer und seines Sohnes Markus. Es wurde so aufgestellt, daß der Blick des Betrachters direkt auf die „To-

desstiege“ gerichtet ist. „Dieses Mahnmal ist zugleich Ausdruck unserer Entschlossenheit, das Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft auch künftig wachzuhalten“, sagte der Obmann des Roma-Kulturvereins Rudolf Sarközi bei der Enthüllung. Wenige Tage danach legten auch Bundeskanzler Klima und die Botschafter von Israel, Holland, Rußland und Deutschland Kränze am Mahnmal nieder. ■

# Schon Leopold

Schon  
Das bezeugen die Pläne d

Unser stellvertretender Bundesvorsitzender Ing. Ernst Nedwed stieß, als er im Dezember 1969 als Gemeinderat seine erste Rede zum Budgetkapitel Stadtplanung (er war Mitglied des für diesen Bereich neugeschaffenen Gemeinderatsausschusses) auf eine Stadtentwicklungsstudie aus dem Mai 1938, die bereits die verbrecherischen Pläne der Nazis offenbart. Nedwed verwendete einige der entlarvenden Absätze aus dieser Studie in seiner Rede als Demonstration über die 1938 begonnene Verfolgung der Juden in Wien. Er übergab die Studie damals dem Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, wo sie heute noch einsehbar ist.

In der NS-Studie wird ein umfassendes Stadtplanungskonzept vorgestellt, von grundsätzlichen Erwägungen bis zum Verkehrskonzept, von der Wirtschafts- bis zur Wohn- und Kulturbaupolitik aus der Sicht der damals neuen NS-Machthaber im Rathaus. Vom rein technischen Standpunkt sind natürlich viele Lösungsansätze enthalten, die an vorher schon bestehende Überlegungen anknüpften und die auch für jede andere Stadtverwaltung berücksichtigungswürdig gewesen wären. Interessant ist, daß die gesamte Studie auf Einzelkapitel aufgebaut ist, in denen die Bezirke zwar ab und zu im Zusammenhang genannt werden, aber es gibt keine gesonderten Bezirks-

## „Tirols Widerständler brüskiert“

Die Widerstandskämpfer aller Gruppierungen sind keineswegs gewillt, die handstreichartige Anbringung jener Gedenktafel an dem Gebäude, das in der Nazizeit Sitz der Gestapo in Innsbruck war, hinzunehmen. Denn an dieser Tafel, mit der Landeshauptmann Weingartner der Stadtgemeinde Innsbruck im Alleingang zuvorkommen wollte, gibt es einiges auszusetzen. Die überparteiliche „Plattform Adele Obermayr“ hat das in einem offenen Brief an Weingartner so dargelegt: „Sie berufen sich in Ihren Stellungnahmen über die auf Ihre Veranlassung angebrachte Gedenktafel auf 'historische Korrektheit'. Davon kann aus unserer Sicht keine Rede sein, denn der Text ver-

harmlos und vertuscht die Rolle der Gestapo innerhalb des Terrorregimes des Nationalsozialismus.“

Im Text von Weingartners Tafel war das Gedenken namentlich auf den Widerstandskämpfer Robert Moser beschränkt worden, der 1945 in dem Hause in der Herrengasse zu Tode gefoltert wurde. Dazu die Plattform: „Darüber hinaus verschweigt der Tafeltext, daß die Gestapo-Zentrale des Gaus Tirol-Vorarlberg hunderte Menschen in Konzentrationslager und damit vielfach in den sicheren Tod verschickt hat. Der Tafeltext verschweigt überdies, daß das Gebäude in der Herrengasse 1 zwischen 1940 und 1945 die Gestapo-Zentrale war.“

Viele überlebende Opfer des Gestapo-Terrors fühlen sich durch die Vorgangsweise des Landeshauptmanns „gedemütigt und brüskiert“. Sie können nicht verstehen, warum sich Weingartner so dagegen wehrte, daß die zwischen dem Innsbrucker Bürgermeister Van Staa und den Opferverbänden abgesprochene Tafel, die bereits fertiggestellt war, nicht an dem Haus angebracht werden darf. „Es ist eine Verhöhnung und Diskriminierung der Opfer für Österreichs Freiheit, und daher betrachten wird diese traurige Angelegenheit als nicht erledigt“, konstatierte Heinz Mayer, Präsident des Bundes der Opfer des politischen Freiheitskampfes in Tirol. ■

# 1938 Vertreibung geplant, Leopoldstadt – Abbruch vorgesehen

Im Mai 1938 war von den Nazis die völlige Vertreibung der Juden aus Wien ins Auge gefaßt. In der damaligen NS-Stadtplanung, die die ganze Leopoldstadt demolieren und NS-Prachtbauten errichten wollte.

kapitel, außer für einen – und zwar unter dem Titel „Neuplanung der Leopoldstadt“. In diesem Kapitel kommen die hintergründigen Absichten der Nazis zum Vorschein. Im einzelnen heißt es darin:

„Die Beistellung geeigneten Geländes für die Durchführung verschiedener Bauvorhaben, wie SA-Siedlung, Kriegsofersiedlung, HJ-Heime ist mangels geeigneter Flächen schon auf große Schwierigkeiten gestoßen. Zu diesen Anforderungen kommen jedoch die bis jetzt noch nicht geltend gemachten Erfordernisse für die Errichtung der verschiedenen Parteibauten, wie Ehrenhalle, Parteihaus, Museum der Nationalen Erhebung, der verschiedenen öffentlichen Bauten wie etwa Verkehrsbüro, Polizeipräsidium, Bauten für verschiedene militärische Kommandos usw.

Für diese Bauten Baugründe in prominenter Lage beizustellen, erscheint derzeit unmöglich. Die einzige Örtlichkeit, die hierfür in Betracht kommen kann, ist die Ringstraße. Diese ist jedoch zur Gänze ausgebaut und es müßte, wenn dennoch Raum für solche Bauten geschaffen werden sollte, ein oder der andere Zinshausblock niedergelegt werden. Abgesehen davon, daß es

dadurch trotzdem nicht gelingen würde, im Zuge der bestehenden Ringstraße wirklich prominente Baustellen zu schaffen, würde die Niederlegung dieser Wohnblöcke die Vernichtung beträchtlicher Werte bedeuten.“

Nach einigen Ausführungen über Grünanlagen, Hauptverkehrsstraßen, Hauptbahnhof Nord, Nordwestbahnhof und Rhein-Main-Donau-Kanal kommt die „braune“ Studie zur ideologischen Kernaussage:

„Dem könnte dadurch begegnet werden, daß die Ringstraße, die heute vom Stubenring bis zum Schottenring führt und eigentlich gar kein geschlossener

'Ring' ist, über den Donaukanal geführt wird. Dadurch könnte eine Prachtstraße von ca. 1,6 km Länge geschaffen werden, die eine natürliche Ergänzung des bisherigen 'Ringes' in monumentaler Weise bilden würde. Es taucht daher förmlich zwangsläufig der Gedanke auf, den ganzen 2. Bezirk zum Abbruch in Aussicht zu nehmen, und neu zu planen. Dieser Absicht kommt der Umstand zustatten, daß fast die gesamte Bebauung der Leopoldstadt als minderwertig und veraltet zu bezeichnen ist. Mit der Verminderung der Juden, die in diesem Stadtteil besonders ansässig sind, wird sich von selbst die

Gelegenheit ergeben, großzügige Niederlegungen und Neuplanungen durchzuführen. Die heutigen Verkehrsstraßen in diesem Gebiet sind unzulänglich, die gesamte Bebauung häßlich und läßt jeden modernen städtebaulichen Zug vermissen. Andererseits ist die Insel zwischen dem Donaukanal und dem Strom wegen der verhältnismäßigen Nähe zum Stadtmittelpunkt der Lage nach als hochwertig zu bezeichnen.

Es empfiehlt sich daher, diesen Stadtteil im aufgezeigten Sinne völlig neu zu planen, wobei das rechte Donauufer, wenn es von den Eisenbahn- und Umschlag-

einrichtungen frei gemacht werden kann, gleichfalls die Durchführung einer prächtigen Promenadenstraße ermöglichen wird, die sowohl – wie an anderer Stelle ausgeführt wurde – nach Nordwest als auch nach Südost Anschluß an die Reichsautobahn gewinnen wird.“

Mit den Worten „Absiedlung der Juden“ wird also mit „nordischer List“ die Verfolgung, Vertreibung und spätere Vernichtung der Juden in den Massenvernichtungslagern schamhaft umschrieben. Wieder einmal ein Beweis dafür, daß man nicht sagen kann: „Davon haben wir damals nichts gewußt.“



Der von den Nazis 1938 zerstörte Große Tempel, ein Prachtbau des historischen Stils

# 1938: Die Zerschlagung der Tschechoslowakei

Nachgiebigkeit gegenüber Diktatoren ermuntert diese nur zu neuen Gewalttaten. Das ist die Lehre aus dem Münchner Abkommen, das die Tschechoslowakei zerstörte.

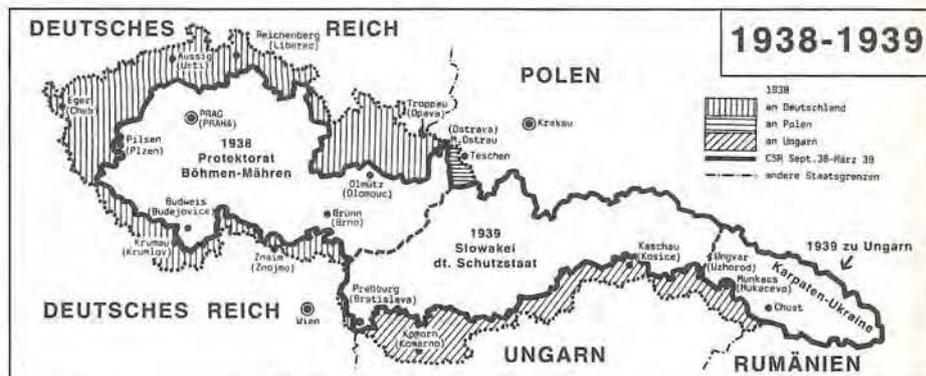
Vor 60 Jahren, am 29. und 30. September 1938, wurde zwischen Großbritannien, Frankreich, Italien und dem Deutschen Reich das sogenannte Münchner Abkommen geschlossen, das die Tschechoslowakei, die Abtretung der überwiegend deutschsprachigen Randgebiete – kurz „Sudetenland“ genannt – diktierte. Wie kaum ein anderes Ereignis in unserem Jahrhundert ist „München“, das zu einem Symbol für die Nachgiebigkeit gegenüber Diktatoren geworden ist, der Kulminationspunkt von Fehlentscheidungen zweier führender demokratischer Mächte, die unabsehbare Tragödien zur Folge hatten. Die Wurzel dafür sind freilich – wie so vieles, was sich zu historischen Katastrophen auswuchs – in der Habsburgermonarchie zu suchen. Der Konservatismus des Kaisers verhinderte einen Umbau des Reiches, der dem erwachenden Nationalbewußtsein seiner Völker Rechnung getragen hätte – konkrete Vorschläge dafür gab es vom Kremser Reichstag von 1848 bis zu den einschlägigen Schriften Karl Renners und Otto Bauers.

Beim Zusammenbruch der Monarchie hätten es die Sieger in der Hand gehabt, der von ihnen verkündeten Selbstbestimmung der Völker freie Bahn zu geben. Aber für die Besiegten war dies nicht gedacht. Die junge Republik Deutschösterreich beanspruchte Grenzen, die die deutschsprachigen Gebiete von Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien als Bundesländer Deutschböhmen und Sudetenland einschloß. Aber der tschechoslowakische Staatsgründer Masaryk hatte schon in der Emigration erreicht, daß ihm die Einheit der Länder der einstigen Wenzelskrone zugesichert wurde. Otto Bauer schildert in seinem Werk „Die österreichische Revolution“ ausführlich den vergeblichen Kampf, den er zu Beginn der Friedensverhandlungen um die Selbstbestimmung der Sudetendeutschen (und der Südtiroler) führte. Die Tschechoslowakei wurde ein Vielvölkerstaat gleich jener Habsburgermonarchie, deren Zertrümmerung sie begrüßt hatte.

Trotz guter demokratischer Ansätze wurde die Tschechoslowakei keine „zweite Schweiz“. Als die Weltwirtschaftskrise die überwiegend deutschsprachigen Industrie-

gebiete ins Elend stürzte und in Deutschland Hitlers Aufstieg begann, wandten sich immer mehr Sudetendeutsche der „nationalen Sammlungsbewegung“ Konrad Henleins zu, und dieser wurde sehr bald ein Befehlsempfänger der Nazis. Nachdem der „Anschluß“ Österreichs von der Welt ohne Protest zur Kenntnis genommen worden war, faßte Hitler sogleich die schon lange geplante Zertrümmerung der Tschechoslowakei ins Auge. Henlein mußte im Auftrag Berlins an Prag übertriebene Autonomieforderungen stellen, die dieses nicht gewähren konnte. Von NS-Agitatoren geschürt, kam es zu Unruhen und Zusammenstößen. Der um den Frieden besorgte britische Premier Chamberlain, eingeschworen auf die Politik des

Chamberlain schien der Krieg schon unausweichlich. Als Hitlers Bundesgenosse Mussolini den Vorschlag einer Viermächtekonferenz machte, ging er sofort darauf ein. Am 29. September trafen Chamberlain, Daladier, Mussolini und Hitler in München zusammen. Die Vertreter der Tschechoslowakei – der letzten noch bestehenden Demokratie in ganz Mittel- und Osteuropa – wurden nicht zu den Verhandlungen beigezogen, sie mußten im Voraum warten. Was der Westen zwanzig Jahre zuvor der jungen demokratischen Republik Österreich verweigert hatte, warf er nun dem mit Gewalt drohenden Diktator vor die Füße: die neuen Grenzen glichen genau jenen, die die Regierung Renner und das Parlament in Wien 1918 vorgeschlagen hatten. Und man darf annehmen, daß



Der Anfang vom Ende der Tschechoslowakei Gebietsabtretungen 1938

„Appeasements“, der Beschwichtigung Hitlers durch Nachgeben, entsandte Lord Runciman zur Untersuchung der Lage in die Sudetengebiete. Am 21. September forderten London und Paris den tschechoslowakischen Präsidenten Eduard Benesch auf, die von mehr als 50 Prozent Deutschen bewohnten Gebiete an Deutschland abzutreten. Das war weder im Sinne Hitlers noch Beneschs, denn Hitler wollte den Krieg, um die Tschechoslowakei ganz unter seine Kontrolle zu bringen, und Benesch lehnte nach Unruhen in Prag die Forderungen des Westens ab. Was weder Hitler noch der Westen wußten, war, daß Wehrmachtsoffiziere für den Fall, daß Hitler den Krieg beginnen würde, einen Putsch vorbereiteten. Hitler setzte alles auf eine Karte: er forderte von Prag die sofortige Abtretung aller sudetendeutschen Gebiete. Prag machte mobil.

nicht nur die Kriegsangst, sondern auch die Hoffnung, sich in Hitler einen Festlandcklegen gegen die Sowjetunion zu sichern für Londons Nachgeben entscheidend gewesen sind.

Hitler verkündete nun, er habe keine territorialen Ansprüche mehr. Aber schon im März 1939 vollzog er nach, wovon ihn München noch abgehalten hatte: Er besetzte auch die „Rest-Tschechei“ und machte daraus das Protektorat Böhmen und Mähren, eine deutsche Kolonie, und die Slowakei zu einem völlig abhängigen deutschen Satelliten. Chamberlain, der 1940 starb, mußte die Erkenntnis mit ins Grab mitnehmen, daß er mit seiner Nachgiebigkeit gegenüber dem Diktator der Welt nicht den Frieden gebracht, sondern ganz im Gegenteil dessen Entschlossenheit zu einem Krieg gefördert hatte, der Millionen Menschen den Tod und Abermillionen unvorstellbares Elend brachte.

m.s.

## Die Vernichtung von Lezaky

Über das schwere Schicksal der Gemeinde Lidice in Tschechien weiß man in ganz Europa Bescheid. Daß auch die kleine Ortschaft Lezaky dem Erdboden gleichgemacht und ihre Bewohner ausgerottet wurden, ist kaum bekannt.

Der General der Polizei und zweithöchste SS-Führer, Reinhard Heydrich, übte vom September 1941 bis Juni 1942 die Funktion des Stellvertretenden Reichsprotektors von Böhmen und Mähren aus. Parallel dazu war er mit der „Endlösung“ der Judenfrage und der Errichtung von Vernichtungslagern befaßt. Zu seinen Plänen gehörte auch die Schlußlösung der „tschechischen Frage“. Nach dem „Endsieg“ über die Sowjetunion sollten die Tschechen aus Böhmen und Mähren weit nach dem Osten vertrieben werden. Deshalb sah der tschechische Widerstand in Heydrich die größte Gefahr. Auf Drängen der tschechoslowakischen Exilregierung in London wurden im Frühjahr 1942 tschechische Fallschirmspringer nach Böhmen entsandt, um Heydrich zu töten.

Das Attentat hatte einen außergewöhnlichen Nachhall, denn die Beseitigung dieses gefürchteten Terroristen traf die Nazis hart. Die Führung tobte. Es gab keinen Nachfolger, der Heydrich gleichzukommen schien. Die Alliierten zogen ihre Schlußfolgerungen aus diesem Akt des tschechischen Widerstands. Großbritannien und der französische Nationalausschuß im Exil annullierten das Münchner Diktat von 1938 (durch das die CSR die Sudetengebiete hatte abtreten müssen); die tschechische Exilregierung in London wurde nun auch von den USA anerkannt. Letzten Endes brachte dies auch die Zustimmung zur Forderung des tschechoslowakischen Präsidenten Benesch, die

deutschsprachige Bevölkerung nach dem Krieg auszusiedeln. Die Nachwirkungen des Attentats brachten aber zunächst schweres Leid für die tschechische Bevölkerung von Böhmen und Mähren. Über das ganze Protektorat wurde das Standrecht verhängt. Die älteren Bürger werden sich noch an die vielen rot-schwarzen Kundmachungen mit der Bekanntgabe hunderter Hingerichteter erinnern. Für das Todesurteil war jeder Vorwand gut, zum Beispiel „Billigung des Attentats auf den Stellvertretenden Reichsprotektor“. Mit dem „Schuldigen“ wurde oft auch die ganze Familie getötet oder zumindest ins KZ gesteckt. Die Gesamtzahl der Opfer in der Folge des Terrors nach Heydrichs Tod wird auf 5000 geschätzt, darunter die Einwohner der ausgerotteten Dörfer Lidice und Lezaky.

Die kleine Ortschaft Lezaky lag in Ostböhmen, zwischen Miretice und Louka. Die Einwohner arbeiteten in benachbarten Steinbrüchen oder auf den Feldern. Wegen einer illegalen Funkstation erfolgte am 24. Juni 1942 der Polizeiangriff. Die deutsche Polizei und die SS kannte keinen Pardon. Noch am gleichen Tag wurden 33 Erwachsene auf dem Hinrichtungsplatz bei Pardubice erschossen, weitere 11 Menschen wurden später exekutiert. Die Familien wurden ins KZ gebracht, die Todesbilanz des Dorfes ergab insgesamt 22 Männer, 21 Frauen und 11 Kinder. Zwei Mädchen, die den Nazis zur „Germanisierung“ geeignet schienen, übergab man deutschen Familien zur Erziehung. (Nach dem Krieg wurden die beiden Mädchen ausfindig ge-

macht und ihrem Großvater Frantisek Pelikan in Vcelakov übergeben; dieser Mann hatte als einziger seiner Sippe im KZ überlebt. Das Dorf Lezaky gibt es nicht mehr.

Die totale Zerstörung der Ortschaften, deren Bürger vor der Hinrichtung weder verhört noch verurteilt, sondern im Rahmen der „Vergeltungsmaßnahmen“ ermordet wurden, schockierte die Welt. Die Gemeinde Lidice war die größere, sie war bereits 14 Tage früher als Lezaky dem Erdboden gleichgemacht worden. Zur Abschreckung wurden in Lidice 184 Männer erschossen und deren Frauen inhaftiert, obwohl die Einwohner mit den Fallschirmspringern nichts zu tun hatten. Zum Zeichen der Solidarität wurden Ortschaften in den USA und in Mexiko „Lidice“ benannt. ■



Drohende Fäuste begrüßen die Wehrmacht beim Einmarsch in Prag 1939

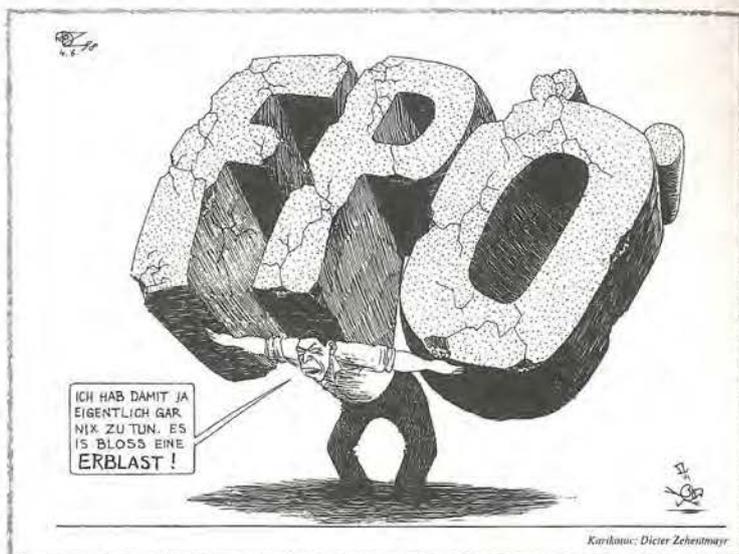
# Der Führer droht mit Austritt

Die sechste Rücktrittsdrohung Jörg Haiders hatte zwar keinen Neuigkeitwert – sie zeigte aber, wie tief die FPÖ in die Krise geraten ist. In Wien hat sich die Partei sogar gespalten.

Jörg Haiders neuester Ausritt im Zusammenhang mit der Entschädigung der Naziopfer zeigte nur wieder einmal die Grundlagen seines politischen Weltbildes. Zugleich war es der Versuch, zu erreichen – koste es was es wolle – daß im Zusammenhang mit seiner FPÖ nicht mehr ausschließlich über die Malversationen Rosenstingels und die finanzielle Pleite der niederösterreichischen Parteiorganisationen geredet wird. Dafür ist Haider offenbar jedes Mittel recht, wobei er freilich auch damit spekuliert, durch Wiedererweckung antisemitischer Vorurteile Stimmung für sich zu machen.

Damit freilich wird er nicht verhindern können, daß vielen Leuten bewußt geworden ist: der Lack von der Partei der

„Fleißigen und Anständigen“ ist ab. Und wenn Rosenstingel von Brasilien ausgeliefert wird und im nächsten Frühjahr der Prozeß gegen ihn geführt wird, läßt sich durchaus erwarten, daß dessen Aussagen weitere Kreise der FPÖ in den Sumpf ziehen werden. Zudem wird dann die Frage von einem „Kompetenten“ beantwortet werden müssen, was der Führer gewußt hat. Vorsorglich hat Haider deshalb – bereits heuer zum sechsten Mal – mit seinem Rücktritt gedroht, wobei ihm diesmal einfiel, dies zugleich mit einem „Austritt“ aus der FPÖ zu koppeln. Nach einem kurzen Verzweiflungsanfall, in dem er überhaupt mit ei-



## Jörg Haider wörtlich

*Auszüge aus den Antworten, die FP-Chef Jörg Haider am 9. September in der „ZIB 2“ des Fernsehens auf Interview-Fragen zum Thema Entschädigung von Naziopfern gab:*

„Naja, das ist einfach ein Problem, wo ich sagen muß, man muß jetzt mal klären, mißt man hier mit zweierlei Maß? Wenn jüdische Emigranten Forderungen stellen, dann ist sozusagen die Wiedergutmachung endlos. Wenn Sudetendeutsche dasselbe von der österreichischen Regierung verlangen, daß sie gegenüber den tschechischen Behörden ihre Wiedergutmachungsforderung durchsetzen sollen, dann wird gesagt, irgendwann muß einmal ein Schlußstrich unter die Geschichte gezogen werden. Jetzt frage ich mich wirklich, was soll das? Man kann ja nicht Gleiches ungleich behandeln...“

Vertreibung, Tod, menschenrechtswidriges Verhalten sollte ja wohl nicht von der ethnischen Zugehörigkeit abhängig sein. Jeder von uns weiß, was die Menschen jüdischer Abstammung durchgemacht haben. Jeder aber weiß auch, was die Heimatvertriebenen durchgemacht haben. Und da möchte ich nicht beurteilen, was schlimmer gewesen ist, sondern einfach schlicht und einfach sagen: Wenn es um Wiedergutmachungen geht, und die sind ziemlich unbegrenzt, dann gilt das für alle.“

*(Auf die Frage, ob er das Unrecht an Juden und Sudetendeutschen tatsächlich gleichsetze):*

„Selbstverständlich, weil ich mich dagegen wehre, daß man Menschenrechtsverletzungen auch noch einmal quantifiziert. Weil dann begeht man die nächste Menschenrechtsverletzung...“

nem Aussteigen aus der Politik spielte, erklärte er nun in alter Großspurigkeit, wenn seine Partei den „Elchtest“ (mit diesem wurde bekanntlich die Untauglichkeit eines Klein-Mercedes für das Fahren durch scharfe Kurven bewiesen) nicht bestehe, werde wahrscheinlich „eine andere Marke“ – eine Haider-„Bewegung,“ zu der er die Partei schon einmal sich mausern lassen wollte – das Geschäft machen.

Nicht zugeben will er freilich, daß es in seinem Fall nicht so sehr an der Marke, als am Lenker liegen könnte, wenn der Wagen total ins Schlingern geraten ist. Dessen Fahrer hat das Steuer offenbar nicht mehr in der Hand, das wird angesichts des niederösterreichischen Millionenskandals immer offenkundiger. Schuld sind natürlich immer die anderen – diesfalls nicht die zahlungsunfähigen Schuldner, sondern die „rot-schwarzen Banken“, die die Wechsel fällig stellten. Die Empörung darüber, daß diese Schulden aus der NÖ-Parteienförderung beglichen werden

könnten, veranlaßte Haider dazu, seinen Generalsekretär, der so unvorsichtig war, dies anzukündigen, zurückzupfeifen. Aber auch sonst geht es in der FPÖ drunter und drüber. In Wien kam es sogar zur offenen Spaltung, weil vier Gemeinderäte – aus welchen Gründen immer – sich nicht zur Unterschrift unter den ihnen von ihrem Führer zugemuteten Knebelungsvertrag bequemen. Auch aus anderen Bundesländern wurde bislang kaum gewagte Kritik an Haider laut. Und der Chef der „Fleißigen und Anständigen“ bekam zudem Erklärungsbedarf, wieso er die Partei den Zins von 35.000 Schilling für seine Wiener Absteige zahlen läßt. Seinen Bundeskanzlerträumen hat er vorerst abgeschwören müssen – als Landeshauptmann hat ihn Kärnten schon einmal gehabt und das Land hat mit dessen Lobpreisung der „ordentlichen Beschäftigungspolitik des Dritten Reiches“ kein Ruhmesblatt eingekauft, so daß eigentlich kein Bedarf für eine Wiederholung bestehen sollte.

# „Wien wollte seine Kinder nicht mehr“

**E**lisa Springer, eine aus Wien stammende, in Italien untergetauchte Jüdin, war 26 Jahre alt, als sie verhaftet und in einem Konvoi von Verona nach Auschwitz deportiert wurde. Erst jetzt hat sie die Kraft gefunden, darüber zu berichten, was sie erliden mußte und wie sie überlebt hat. Über die Brandmarkung mit der KZ-Nummer nach ihrer Ankunft in Auschwitz schreibt sie: „Mir wurde die Nummer A-24020



**Elisa Springer, Das Schweigen der Lebenden. 122 Seiten. Oberbaum-Verlag, Berlin. Aus dem Italienischen von Rainer Mayerhofer und Melina Beelke.**

eintätowiert, die noch heute meinen linken Unterarm verunstaltet. Viele Male habe ich bei denen, die die Bedeutung nicht kannten, Neugier erregt. Vor vielen Jahren, als ich noch unterrichtete, fragten mich die Kinder oft, was diese Nummer bedeute. Ich antwortete unter Hinweis auf die Vernichtungslager und meine traurige Erfahrung, aber sie verstanden es nicht und manchmal lachte.

So beschloß ich, meine Tätowierung unter einem Heftpflaster zu verstecken, und verschloß mich für immer in Schweigen.“

Ähnlich wie ihr ging es so manchen derer, die die Vernichtungslager überlebt hatten. „Das Schweigen der Lebenden“ – so ist der Titel dieses erinnerungsschweren Buches – gehörte für sie zu der Überlebensstrategie, mit der sie nach dem unfaßbaren Grauen wieder ein „normales“ Leben führen konnten. Erst jetzt, 78jährig, hat auch Elisa Springer Zeugnis abgelegt, weil sie glaubt, von einer neuen Generation besser verstanden zu werden.

Elisa Springer war das behütete Kind der Familie eines Textilkaufmannes. „Ich betrachtete mich als Wiener Mädchen jüdischer Religion, aber nicht als Jüdin.“ Mit dem Einmarsch Hitlers waren die glücklichsten Jahre ihres Lebens vorüber. Nach der Vertreibung aus der Wohnung in der Strozsigasse wurde ihr Vater nach Dachau deportiert, und nach einigen Wochen kam die Urne mit der Mitteilung, „an Lungenentzündung gestorben“. Durch eine Namensehe gelang es der Mutter kurz vor Kriegsausbruch, Elisa zur italienischen Staatsbürgerin zu machen – auf Umwegen gelangte sie, völlig auf sich gestellt, in ihre neue „Heimat“. Nach der Kapitulation Italiens begann auch hier die Jagd auf die Juden. Daß Elisa arbeitsfähig war, rettete sie vor der Gaskammer in Auschwitz, die Befreiung erlebte sie in Theresienstadt. Die Wiederbegegnung mit Wien 1945 ist gespenstisch: bei einem endlich gewagten Besuch in der einst elterlichen Wohnung darf sie die Familienbilder mitnehmen, die noch an der Wand hängen. „Wien hatte keinen Platz mehr für seine Kinder“ – Elisa wurde nach Italien „repatriert“: Dort nahm sie „zum zweiten Male das Kapitel des Lebens wieder auf.“

## Vermächtnis und Erneuerung

Vor 50 Jahren haben die Sozialisten unter den Überlebenden der Gefängnisse und unter den von den Nazis ins Exil Vertriebenen den Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus gegründet. Der Name des Bundes wurde vor einigen Jahren analog zur SPÖ in „Sozialdemokratisch“ umbenannt. Mit den beiden anderen Opferverbänden ist der Bund in einer Arbeitsgemeinschaft verbunden.

Die „Mutter“ der antifaschistischen Bewegung in Österreich, Rosa Jochmann, hat schon vor vielen Jahren auch jene, die den Faschismus persönlich nicht erlebt haben, aber bereit sind, gegen die „Gefahr von Rechts“ in Gegenwart und Zukunft aktiv einzutreten, aufgefordert, unse-

rem Bund beizutreten. So sind heute neben der Gründergeneration der KZler und Widerstandskämpfer viele Aktivisten aus den antifaschistischen Initiativen der Nachkriegszeit, vor allem auch jüngere Mitstreiter, Mitglieder des Bundes geworden. Gerade in unseren Tagen muß die Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus angesichts der politischen Entwicklung fortgesetzt werden – damit sich nie wieder ein unmenschliches und undemokratisches Regime in unserem Lande etablieren kann. Das ist das Vermächtnis jener, die während der Zeit des Faschismus ihr Leben lassen mußten: Ergreift die Stafette und führt den Kampf, der nie zu Ende geht, weiter. Niemals vergessen!

### An den Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus

Löwelstraße 18  
1014 Wien

### Anmeldung

- als Mitglied des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer (SPÖ-Mitgliedschaft erforderlich). Jahresbeitrag öS 60,- (inklusive Zeitungsbezug)
- als unterstützendes Mitglied Jahresbeitrag öS 100,- (inklusive Zeitungsbezug)
- als Interessent/in für Informationen über den Bund

Zutreffendes bitte ankreuzen

Name:

Adresse:

Beruf:

Geburtsdatum:

Bezirksorganisation:

Datum

Unterschrift

**Wir gratulieren:**

Zum **97. Geburtstag:** Wilhelm Schwarz, Graz. **96. Geburtstag:** Walter Hofstätter, Mauthausen; Julie Prachinger, St. Pölten. **95. Geburtstag:** Maria Zimmerl, Wien. **94. Geburtstag:** Anna Mannsberger, Judenburg; Fritz Bittner, Maria Bübl, Christine Rois, Wien. **93. Geburtstag:** Karoline Schmied, Bruck/Mur; Frieda Pinter, Graz. **92. Geburtstag:** Alois Prinz, Franz Thenner, Wien. **91. Geburtstag:** Ludwig Krainz, Bruck/Mur; Stefanie Koban, St. Veit/Glan; Rosa Hiesinger, Wien. **90. Geburtstag:** Heinrich Helml, Attnang-Puchheim; Rupert Bock, Golling/Erlauf; Anna Wipplinger, Salzburg; Josef Reisinger, Anton Rostocil, Franz Schüller, Wien. **85. Geburtstag:** Leopold Gaschler, Ansfelden; Johann Waldhauser, Baden; Helene Grundnig, Bruck/Mur; Otto Hübner, Deutsch-Wagram; Kurt Wasserberger, Rehovoth; Wilhelmine Müllner, Stadtschlaining; Therese Ertl, Hermine Filipic, Margarete Löffler, Franz Obritzberger, Rosa Vlcek, Ernestine Divoky, Maria Vocel, Wien. **80. Geburtstag:** Franziska Kreindl, Bruck/Mur; Meta Kodym, Guntramsdorf; Felix Hauser, Lichtenwörth; Ludmilla Lebl, Linz; Frieda Riedl, St. Pölten; Johann Hammerer, Johann Kinzelberger, Wien. **75. Geburtstag:** Erhard Pickheim, Graz; Rosa Berger, Salzburg; Anna Pascher, St. Margarethen; Theresia Bauer, Inge Münzer, Otto Neuwerth, Elisabeth Paulus, Annemarie reiss, Gerhard Schneider, Gerti Curda, Alois Spandl, Leopold Stangl, alle Wien.

## „Leopoldstadt: Zerstörte Kultur“

Die Leopoldstadt war ein Zentrum jüdischer Kultur in Wien, bis ihr das nationalsozialistische Regime ein jähes Ende bereitete. Heuer ist es 60 Jahre her, daß in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 (Novemberpogrom oder zynisch „Reichskristallnacht“ genannt) die meisten Synagogen in Wien in Brand gesteckt und zerstört wurden. Der Zerstörung der baulichen Kultur folgte wenig später die Vertreibung und Ausrottung der jüdischen Bevölkerung.

Die beiden „Gebietsbetreuungen“ im 2. Bezirk – Karmeliterviertel (Architekt Bartel) und Leopoldstadt (Architekt Mlc-zoch) – werden in einer Ausstellung vor den Örtlichkeiten, an denen sich 15 der zerstörten Bauten befanden – an die ver-

nichtete jüdische Kultur erinnern und sie zugleich örtlich erlebbar machen. Auf den Gehsteigen vor diesen Orten werden von 18. Oktober bis 10. November mobile Litfaßsäulen aufgestellt werden, auf denen plakatgroße Fotos der alten Gebäude vor und nach ihrer Zerstörung sowie von Betroffenen oder von Ereignissen (wie Gehsteigreinigungen) samt Texten und Dokumenten, z.B. über „Arisierungen“, angebracht werden.

Die Eröffnung durch Bürgermeister Michael Häupl erfolgt Sonntag, 18. Oktober, 15 Uhr, Tempelgasse 3. An den Sonntagen danach werden jeweils um 15 Uhr Führungen angeboten. Die Ausstellung wird mit anderen Veranstaltungsinitiativen vernetzt werden.

## Unsere Vorschläge für das Parteiprogramm

Das Programmkomitee unseres Bundes hat den Parteiprogrammentwurf 1998 einer Durchsicht unterzogen, beschränkt sich jedoch angesichts der Kürze der Zeit auf einige wenige Vorschläge, die wir – unabhängig von möglichen Anträgen an den Bundesparteitag am 30./31. Oktober – der Programmkommission zur Berücksichtigung übermitteln haben. Einleitend wollen wir darauf hinweisen, daß ein Programm, das als Grundsatzprogramm gelten soll, einer Präambel bedarf, die eine kurzgefaßte Analyse der Gesellschaft, die wir verändern wollen, enthalten soll.

Im einzelnen schlagen wir vor:  
 ■ Unter II.2.2. sollte im Anschluß an den zweiten Absatz folgende Formulierung Aufnahme finden: „Wir Sozialdemokraten sind ent-

schiedene Gegner faschistischer und nationalistischer Ideologien. Daher bekämpfen wir auch vehement die Ziele und Methoden jener politischen Gruppen, die durch ein inhumanes Selbstverständnis über das Zusammenleben Menschen unterschiedlicher Herkunft den Boden für Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus bereiten. Wir treten entschieden für die politischen und sozialen Menschenrechte ein und stehen konsequent auf der Seite der Entrechteten und Verfolgten.“

■ Unter II.2.5 soll nach dem Wort „ein“ folgender Satz eingebaut werden:

„Das Bündnis mit den Gewerkschaften ist für Sozialdemokraten eine wichtige Voraussetzung, um angesichts eines immer zügelloser werdenden Kapitalis-

mus den Abbau sozialer Errungenschaften zu verhindern und einen weiteren Fortschritt zu ermöglichen.“

■ Unter III.1. sollte im 5. Absatz nach dem Wort „darstellen“ folgender Passus berücksichtigt werden:

„In diesem Zusammenhang kommt einer funktionierenden Gemeinwirtschaft große Bedeutung zu. Sie muß durch Bedarfs- und Gemeinwohlorientierung ein demokratisch legitimes Korrektiv zu den Auswüchsen einer schrankenlosen Marktwirtschaft sein.“

Weitere kurze Ergänzungen beziehen sich auf das Festhalten an der Allgemeinen Wehrpflicht und an der Immerwährenden Neutralität „als einer Chance, in einer Welt anhaltender Konflikte aktiv und glaubwürdig für den Frieden zu wirken.“

### Gericht bestätigt „Nazi-Töne“

Gewonnen hat der Journalist Karl Pfeifer einen Prozeß, der gegen ihn angestrengt wurde, weil er einen Artikel mit dem Titel „Freiheitliches Jahrbuch 1995 mit (Neo)Nazi-Tönen“ versehen hatte. Pfeifer hatte einen Aufsatz von Werner Pfeifenberger im Jahrbuch heftig kritisiert. Der Vorwurf war, er wärme darin die „alte Nazi-Mär von der jüdischen Weltverschwörung langatmig auf“. Pfeifenberger klagte Pfeifer. Das Gericht kam zum Schluß, daß sich „zahlreiche Hinweise auf Gedankeninhalte ergeben, wie sie ohne weiteres vom durchschnittlich zeithistorisch informierten Leser...der NS-Zeit und der von ihr vertretenen Ideologie zugeordnet werden können“.

# Erinnerung an Ebensee 1948

**Vor 50 Jahren, vom 19. bis 29. Juli 1948 fand das von der Sozialistischen Jugend Österreichs organisierte 1. Internationale Lager Ebensee statt. Österreichs junge Sozialisten fanden nach den Jahren des Faschismus erste internationale Kontakte.**

**M**ehr als 3000 Jugendliche aus vielen Ländern Europas kamen im Juli 1948 in das Zeltlager am Strand des Traunsees, nach Ebensee – leider konnte die Jugend aus den bereits kommunistisch beherrschten Staaten, aus Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei, der Einladung nicht mehr folgen. In dem damals noch unter großen wirtschaftlichen und politischen Problemen leidenden, vierfach besetzten Österreich war es eine großartige Leistung der SJÖ, zu beweisen, daß sie imstande ist, ein großes Jugendtreffen zu organisieren und dabei auch die Vielfalt der einzelnen Teilnehmergruppen zu berücksichtigen. Allerdings waren jene Gäste, z.B. aus Schweden, die Krieg und Vernichtung nicht direkt erlebt hatten, erstaunt über den relativ niedrigen Standard unserer technischen Möglichkeiten. Trotzdem war dieses Lager ein Beginn vieler neuer internationaler Kontakte auf allen Ebenen und vor allem auch eine politische Manifestation gegen Völker- und Rassenhaß und für den Internationalismus. Vor allem für die Teilnehmer aus Österreich war dieses Camp eine erste Möglichkeit, aus der Enge der ehemals faschistischen Eingrenzung auszubrechen und mit Menschen anderer Nationen Freundschaft zu schließen. Diese zehn Tage der internationalen Verbrüderung prägten den Geist der Sozialistischen Jugend von damals und gaben ihr Impulse für die Zukunft.

Im Lager Ebensee wurde auch die antifaschistische Haltung der Jugendlichen gestärkt. Am

23. Juli fand eine Kundgebung auf dem Gelände des ehemaligen KZ Ebensee statt, bei der Vertreter aller Delegationen Kränze niederlegten. Josef Hindels, der damalige zweite SJ-Verbandsobmann, sagte bei dieser Gedenkveranstaltung: „Wir sind hier an der Stätte des Todes und der Qual versammelt. Das KZ Ebensee ist eines der furchtbarsten Konzentrationslager der Nazis gewesen, in

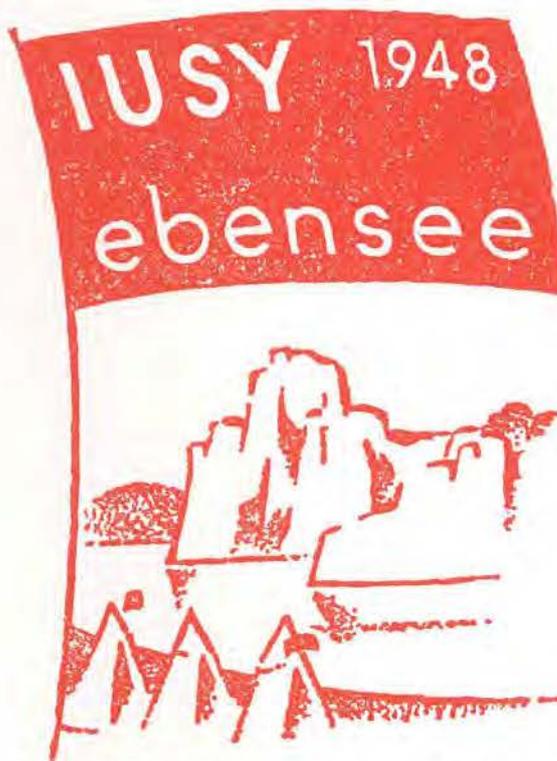
führt werden muß gegen jene Kräfte des Faschismus und der Reaktion, die zur Errichtung solcher Lager geführt haben.“ Bob Molenaar, der damalige Präsident der IUSY, sprach Worte des Gedenkens namens der Sozialistischen Jugendinternationale.

Kurze Zeit nach Beendigung dieses Treffens fand in Leuven in Belgien der zweite Kongreß der Internationalen Union der

worth, Studentensekretär (England), Martinez Dasi (Spanien), Tony Gryn (Israel), Ragmar Edenman (Schweden), Gudmund Harlem (Norwegen), Bob Molenaar (Holland), Heinz Westphal (Deutschland).

Heute treffen einander ehemalige Mitglieder der SJ unter dem Vorsitz des ehemaligen Obmanns der SJ Wien, Hubert Pfoch – übrigens auch Präsident des Dokumentationszentrums des Österreichischen Widerstandes – in bestimmten Abständen zu Veranstaltungen und Gesprächen. Viele von ihnen sind auch Mitglieder des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer. Sie haben den Faschismus in jungen Jahren kennen und hassen gelernt. Vielen hat der Nationalsozialismus und der von ihm provozierte Zweite Weltkrieg die Jugend und die Gesundheit geraubt. Die damaligen zentralen Funktionäre der SJ wie Peter und Jenny Strasser, Josef Hindels, Paul Blau, Josef Staribacher, Hubert Pfoch und Gerhard Weissenberg, kamen aus dem antifaschistischen Widerstand und aus der politischen Emigration. Sie und Karl Czernetz, der damals als Leiter der Sozialistischen Bildungszentrale wirkte, waren die Lehrer einer ganzen Generation von jungen Sozialisten.

Der „Sozialdemokratische Kämpfer“ wird von Zeit zu Zeit über diese Pionierzeit der Sozialistischen Jugend berichten. Wir wollen mit den Freunden der „Alt-SJ“ in Kontakt bleiben und hoffen dabei, auch einige Mitglieder für den Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer zu gewinnen. **e.n.**



**Das Signum des ersten internationalen SJ-Nachkriegslagers**

dem Menschen zu Zehntausenden zugrunde gerichtet wurden. Man könnte sich wundern, daß Teilnehmer eines sozialistischen Jugendlagers, wo Freude und Frohsinn herrschen sollen, an eine solche Stätte gebracht werden. Aber wir sind hier, um in Erinnerung zu rufen, daß der Kampf weiterge-

Sozialistischen Jugend statt, bei der der SJÖ-Vorsitzende Peter Strasser zum IUSY-Präsidenten gewählt wurde. Weitere Mitglieder des Büros, die später in ihren Ländern wichtige Minister- und Abgeordnetenfunktionen übernahmen, waren: Per Haekkerup, Generalsekretär (Dänemark), Donald Ches-

## Kein Reisepaß für Neonazi

**E**inem wegen Wiederbetätigung verurteilten Neonazi kann die Ausstellung eines Reisepasses verweigert werden, auch wenn er mit dem ursprünglichen Verurteilungsgrund nichts mehr zu tun hat, befand kürzlich der Verwaltungsgerichtshof.

Der Beschwerdeführer wurde 1992 wegen Wiederbetätigung durch Herausgabe der Zeitschrift „Sieg-AJ-Press-Dienst“ (es war dies, wie im Handbuch des Österreichischen Rechtsextremismus nachgeschlagen werden kann, Walter Ochensberger) zu zwei Jahren Freiheitsstrafe verurteilt – laut Oberstem Gerichtshof u.a. wegen Propaganda für den „Anschluß“ und nationalsozialistische Ziele und Werte. Der Innenminister verweigerte trotz der seit der Haftentlassung im Februar 1995 verstrichenen Zeit

die Ausstellung des Passes. Der Betroffene wandte sich daraufhin an den VwGH und begründet, daß er in keinem Zusammenhang mehr mit der Zeitschrift stehe.

Der VwGH gab dem Innenminister recht: Die Ausstellung eines Passes sei zu versagen, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß durch den Aufenthalt im Ausland die Sicherheit der Republik gefährdet würde. Der Beschwerdeführer habe eine Vielzahl strafbarer Handlungen während eines längeren Zeitraums begangen. Auch wenn er mit der Zeitschrift nichts mehr zu tun habe, sei die aus dem Gesamtverhalten resultierende Gefahr für die Sicherheit der Republik bei Aufenthalt im Ausland nicht wesentlich geschmälert oder beseitigt. ■



Über die „Todesstiege“ von Mauthausen schleppten die Häftlinge die Granitblöcke

## Forderungen an CA und Unternehmen

Nun scheint die dunkle Vergangenheit auch österreichische Unternehmen einzuholen.

**B**risante Ergebnisse von Untersuchungen des Wiener Historikers Bertrand Perz, der auch Mitglied der Internationalen Mauthausen-Kommission ist, veröffentlichte jüngst das Magazin „Profil“. Es sind dies vor allem in Polen entdeckte Akten, die rege Geschäftskontakte der Filiale der Creditanstalt in Krakau mit der Lagerverwaltung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz belegen. So diente die Krakauer CA-Filiale als zentrale

Überweisungsstelle für Unterstützungszahlungen polnischer Familien an ihre im Lager inhaftierten Angehörigen. Darunter sind auch Listen mit Namen von Häftlingen, die laut Auskunft der SS-Verwaltungen der KZ „sich nicht mehr in hiesigem Lager befinden“, im KZ „nicht feststellbar“ waren oder „hier im Lager gestorben sind.“

Aus den Akten geht auch hervor, daß die CA – so etwas wurde bisher von den Forschern noch nie

festgestellt – als bisher einzige bekannte Bankfiliale im gesamten Nazireich eine eigene „KZ-Abteilung“ eingerichtet hatte. Die Bank hatte Geschäftskontakte zu mindestens 13 Konzentrationslagern, darunter auch Mauthausen, Dachau und Buchenwald. Der New Yorker Anwalt Fagan, der mit Sammelklagen von Holocaust-Opfern bereits die Zahlung von Milliardenbeträgen durch die Schweizer Banken vereinbart hat, drohte auch der CA mit einer Kla-

ge. Direktor der Krakauer Filiale war der Wiener Robert Huber. Ehemalige polnische Zwangsarbeiter verlangen nun von zahlreichen österreichischen Unternehmen Entschädigung dafür, daß sie im Krieg dort zwangsweise beschäftigt waren. Insgesamt wurden rund 400 österreichische Firmen aufgelistet, die dafür in Betracht kommen. Demnächst soll eine polnische Delegation zu Verhandlungen über diese Frage nach Wien kommen.

### Impressum:

**Medieninhaber und Herausgeber:** Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, 1010 Wien, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-277, Fax 534 27-258, e-mail-Adresse: kaempfer@spoe.or.at. **Produktionsleitung:** VWZ-Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., 1070 Wien, Schottenfeldgasse 24, Telefon 524 70 86-0. **Hersteller:** Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt.